

Vorstellung des „Berichts zur Lage der Welt 2005 – Globale Sicherheit Neu Denken“

Berlin (Auswärtiges Amt), 27. April 2005

Redebeitrag von Anja Köhne (Vorstand Germanwatch)

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Außenminister,

der diesjährige Bericht zur Lage der Welt, wie er hier heute vom Präsidenten des Worldwatch Instituts, Chris Flavin, vorgestellt wurde, zeigt, wie **viele Fakten, Probleme und Lösungsansätze** bei einem erweiterten Sicherheitsbegriff **berücksichtigt** werden müssen.

Für uns hier in Deutschland stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, **inwieweit die Gedanken des Berichts in die deutsche und europäische Sicherheitspolitik Einzug gehalten** haben. Das Kapitel, welches Germanwatch zu diesem Bericht zur Lage der Welt beigetragen hat, ist dieser Frage gewidmet: **Inwiefern ist oder kann die Außen- und Sicherheitspolitik der EU und Deutschlands als globaler Vorreiter eines um Ökologie, Ressourcenschutz und Nord-Süd-Gerechtigkeit erweiterten Sicherheitsbegriffs angesehen werden?**

Im Rahmen meines kurzen Statements hier kann diese Diskussion nicht umfassend dargestellt werden; ich beschränke mich daher hier auf einige **Thesen**:

1. Die Europäische Union, und in ihr Deutschland, hat mit der Erfahrung **supranationaler Zusammenarbeit** bedeutendes institutionelles und **politikkulturelles Kapital** aufgebaut, welches regionaler und **internationaler Krisenprävention** dienlich sein kann.
2. Die **Diversität** der EU-Mitgliedsstaaten in ihren außen- und entwicklungspolitischen **Kompetenzen und Ansätzen** ist nicht nur eine Schwäche, sondern kann auch eine **Stärke** sein. Dies gilt gerade auch in Hinblick auf die **operative Umsetzung eines erweiterten Sicherheitsbegriffs** durch die EU.

3. Nach Jahrzehnten der Schwierigkeiten und Stagnation verläuft die **derzeitige Entwicklung außen- und sicherheitspolitischer Kompetenzen, Institutionen und Inhalte** in der EU im Rahmen der GASP und ESVP mit vergleichsweise **hoher Geschwindigkeit und Intensität**. Die **Zivilgesellschaften** der diversen EU-Mitgliedsstaaten wie auch der diversen für einen erweiterten Sicherheitsbegriff relevanten Politikfelder sind an dieser Entwicklung **derzeit nicht angemessen beteiligt**.

4. **Militärische Schlagkraft** wird aus einer Vielzahl von Gründen in absehbarer Zeit **weiterhin nicht zu einer Hauptstärke der EU** werden. Vielmehr liegen die Stärken der EU auch international in den Bereichen der **Wirtschaft, des Rechts, sozialer und entwicklungspolitischer Ansätze sowie des Umweltschutzes**.
Bei der weiteren Ausgestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik sollten diese **originären Profile der EU gestärkt und in Richtung ökologische Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit weiterentwickelt** werden.
Hierfür zeigen sich in der bisherigen Entwicklung der GASP **Ansatzmöglichkeiten**; diese sind jedoch **nicht konsequent** genug entwickelt und verankert. Zudem scheint noch unklar, **welche der in der GASP angelegten Trends sich in der weiteren Entwicklung durchsetzen** wird.

5. Die genannten Forderungen nach Stärkung von Partizipation, ökologischer Nachhaltigkeit und Nord-Süd-Gerechtigkeit im Rahmen der GASP treffen vor allem auf die Fortentwicklung ihrer zwei wichtigsten Elemente zu, nämlich die **Europäische Sicherheitsstrategie** sowie die **Europäische Nachbarschaftspolitik** zu.

→ Hinsichtlich der **Europäischen Sicherheitsstrategie** ist zu begrüßen, dass bei der Beschreibung der **neuen Sicherheitsrisiken** Umwelt- und Entwicklungsthemen mit aufgenommen wurden. **Jedoch sind die Probleme der Ungleichverteilung des Ressourcenverbrauchs zwischen Nord und Süd sowie die ökologische Unnachhaltigkeit der Ressourcenverbräuche nur unzureichend erfasst**. Offen ist außerdem, welche **Wirkung** die Problemanalyse, dass z.B. der Klimawandel ein Sicherheitsrisiko darstellt, auf die **außen- und innenpolitischen Tagespolitiken** der EU zeigen wird.

→ Die **Europäische Nachbarschaftspolitik** hat eine Vielzahl von **Elementen**, bei denen es gilt, umwelt- und entwicklungsbasierte Sicherheitsfragen angemessen zu integrieren. Diese Elemente reichen von den **bilateralen Abkommen** bis hin vor

allem zur **energiepolitischen Dimension der ENP**. Letztere ist gekennzeichnet von einem **verengt klassischen Verständnis von Energieversorgungssicherheit** (Pipelines bauen und sichern): Sie vernachlässigt bislang die **Potentiale von Energieeffizienz, dezentralen Energiesystemen und Erneuerbaren Energien** bei den **Partnerländern wie bei uns**.

→ Zusätzlich zu den beiden genannten Hauptstrategien der GASP möchte ich noch betonen, dass auch im Rahmen der **bilateralen Beziehungen** der EU – vor allem im Rahmen der Dialoge mit **Russland, Indien, China**, Regionalblöcken wie **Mercosur**, sowie den **USA** – die **Integration zukunftsorientierter** Umwelt- und Entwicklungsbelange gestärkt werden sollte.

→ Die Politik der EU im Bereich der **Entwicklungszusammenarbeit** und der **Millenium Development Goals** muß Fragen der nachhaltigen und gerechten **Bewirtschaftung der globalen Umweltressourcen** einbeziehen.

6. Der **Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“** der Bundesregierung vom Mai letzten Jahres bietet **Ansätze** in Richtung eines global und neu gedachten Sicherheitsbegriffs in dem Sinne, wie ihn das Worldwatch Institute hier vorgestellt hat. Dazu gehört auch die Verpflichtung, sich in diesem Sinne bei der Fortformulierung der EU-Außen- und Sicherheitspolitik entsprechend einzusetzen. Dieser **Aktionsplan muß mit Leben erfüllt und weiter entwickelt** werden. In diesem Sinne sind wir gespannt auf die Möglichkeiten unserer Mitwirkung im neuen Beirat der Bundesregierung zum Aktionsplan.

7. (letzte These, die mir besonders am Herzen liegt)
Innenpolitiken werden zunehmend außen- und sicherheitspolitisch relevant, was bei den Außen- und Sicherheitspolitikern und –politikerinnen jedoch noch **zu wenig erkannt** und umgesetzt wird.
Um nur ein Beispiel zu geben: Die Wissenschaft ist sich einig, dass bei etwa **2°C Klimaerwärmung** das Leben in vielen Regionen dieser Welt in absehbarer Zeit durch eine Vielfalt von **Unsicherheiten – Katastrophen, Hunger und Durst, Wirtschaftliche Verwerfungen** – geprägt werden wird.
Eine Sicherheitspolitik, die diese Bedrohungsanalyse ernst nimmt, muß sich auch **zunehmend im Sinne von Umweltschutz und Nord-Süd-Gerechtigkeit in diejenigen vermeintlich innenpolitischen Debatten** in Deutschland und der EU einbringen, die die Weichen für die außen- und sicherheitspolitischen Zwänge und

Spielräume der Zukunft setzen: Auch wenn es sich dabei um so unscheinbare Themen handelt wie die derzeitige Festlegung oder nicht-Festlegung von **Energieeffizienzstandards** in der EU. Wie **Peter Hain** als Staatssekretär im britischen Foreign Office treffend formulierte: „Eine kohärente Diplomatie fängt zuhause an. **Viele der schwierigsten Probleme des derzeitigen internationalen Systems wurzeln in nationalen Prozessen.**“

Weitere konkrete Anregungen für die politischen Diskussionen der nächsten Jahre aus unserer Perspektive finden Sie in **unserem Beitrag** zum Bericht Zur Lage der Welt 2005.

Zum **Abschluß**:

Eine erweiterte Sicherheitspolitik ist nicht zuletzt auch eine Frage der „**Geisteshaltung**“.

Europa hat schmerzhaft gelernt, dass Sicherheit **nicht „durch die größere Waffe und den schnelleren Schuß“** zu erlangen ist, sondern nur durch den **Abbau und das gemeinsame Management von Unsicherheits- und Spannungsfaktoren**, vergleichbar mit dem „**Vorsorgeprinzip**“ in der Umweltpolitik.

Zudem gibt es in der EU und in Deutschland bedeutende **Geistestraktionen** für eine **Politik, die aus dem Zweifel und den Fragezeichen** geboren wird. Eine solche Politik des **gemeinsamen Suchens** ist den **komplexen Problemen**, mit denen wir in **unserer einen Welt** ökologisch, wirtschaftlich und menschlich konfrontiert sind, angemessen. Eine solche Haltung bietet auch Chancen für ein friedlicheres Zusammenleben: Denn die Menschen werden durch ihre **Überzeugungen getrennt**, aber durch ihre **Zweifel geeint**.

Um eine solche Politik des Fragezeichens gemeinsam ausüben zu können, brauchen wir dennoch auch wieder stärker eine **vorausschauendere, ehrlichere und konzeptbasierte „political leadership“** im Sinne des hier vorgestellten Berichts zur Lage der Welt. **Terrorismus und Afghanistan** wurde zum Thema für die „**große Politik**“ erst durch die „**schwarze Pädagogik**“ des **11. September**.

Wir können es uns **auch sicherheitspolitisch nicht leisten**, auf ähnlich **erschreckende Ereignisse** durch internationale sozial-wirtschaftliche Verwerfungen oder Umwelt- und Klimakatastrophen zu **warten, bis wir endlich konsequenter handeln**: Wir müssen in allen Bereichen, und im Inland und der EU genauso wie international, unsere **Produktions- und Konsumverhältnisse so ändern, dass menschliche Zukunft weltweit gesichert werden kann**.